

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Polizeieinsätze an niedersächsischen Krankenhäusern nach Clan-Gewalt

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 04.10.2026

Immer wieder kommt es in Deutschland zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Schuss- und Stichwaffen, an denen Personen aus dem Milieu rivalisierender Großfamilien oder der sogenannten Clankriminalität beteiligt sind. Werden Verletzte anschließend in Kliniken gebracht, ist für Ärzte und Pflegekräfte häufig nicht direkt erkennbar, ob sie gerade ein Opfer, einen Tatverdächtigen oder Angehörige beider Seiten eines andauernden Konflikts behandeln. Die Folge ist regelmäßig eine erhöhte Polizeipräsenz im jeweiligen Krankenhaus bzw. eine weiträumige Absperrung von Klinikgeländen, auch um den Schutz des Personals vor Angehörigen oder möglichen Angreifern zu gewährleisten und mögliche Racheaktionen von Konfliktbeteiligten aus den genannten Milieus zu verhindern.

Ein aktuelles Beispiel aus Niedersachsen ist die Gewalteskalation am 30. August 2026 in Hessisch Oldendorf (Landkreis Hameln-Pyrmont). Nach einer Auseinandersetzung zweier Gruppen erlitten mindestens sieben Menschen Stich- und Schussverletzungen; mehrere Personen wurden zudem mit Autos angefahren.¹ Die Verletzten wurden in umliegende Krankenhäuser gebracht, u. a. ins Sana-Klinikum Hameln-Pyrmont. Die Polizei richtete dort eine erhöhte Präsenz ein, weil sich zahlreiche Angehörige vor der Klinik versammelt hatten; das Krankenhaus bezog sogar einen Seelsorger ein.² Die Polizei erklärte, dass Mitglieder zweier Großfamilien an dem blutigen Konflikt beteiligt gewesen seien. Ein Bezug zur Clankriminalität werde geprüft.

Bereits im Juni 2026 eskalierte in Göttingen eine Auseinandersetzung zweier rivalisierender Großfamilien, die die Polizei dem Milieu der Clankriminalität zurechnet. Dabei wurde ein 26-jähriger Polizeibeamter durch Schüsse lebensgefährlich am Kiefer und Hals verletzt und auf der Intensivstation behandelt.³ Innenministerin Daniela Behrens sprach im Landtag von einem „unerträglichen“ Vorfall und einem Angriff auf die Demokratie. Ermittelt wird derzeit gegen 49 Beschuldigte wegen schweren Landfriedensbruchs sowie gegen einen damals 16-Jährigen wegen versuchten Totschlags.

Das Problem ist nicht auf Niedersachsen beschränkt. In Berlin berichtete im August 2026 ein Notfallkrankenpfleger öffentlich über Drohungen und Einschüchterungen, wenn verletzte Clan-Mitglieder in die Notaufnahme kommen - bis hin zu Sätzen wie „Behandle meinen Cousin“ - und Gruppen, die tagelang vor Kliniken auftauchen und das Personal bedrohen.⁴ In Essen griffen Angehörige eines Patienten während einer Reanimation Klinikpersonal an; sechs Mitarbeiter wurden verletzt, eine Mitarbeiterin schwer. Die Polizei sprach bei diesem Vorfall ausdrücklich von Clankriminalität.⁵

Dass solche Einsätze auch in Niedersachsen enorme öffentliche Ressourcen binden können, zeigte bereits der Fall der Medizinischen Hochschule Hannover: Die rund zweiwöchige Bewachung eines

¹ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/hessisch-oldendorf-mehrere-menschen-bei-gewalttat-schwer-verletzt,hessischoldendorf-100.html

² <https://www.bild.de/regional/niedersachsen/sieben-verletzte-in-niedersachsen-zwei-gruppen-gehen-aufeinander-los-6a948864518a586e1855d8d8>

³ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/nach-schuessen-in-goettingen-ermittlungen-gegen-49-beschuldigte,schuesse-138.html

⁴ <https://www.bild.de/regional/berlin/kliniken-in-berlin-pfleger-berichtet-ueber-clan-bedrohungen-6a7eddf6f14aa44f2fd5db85>

⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=8aOaeFWOKs>

mutmaßlichen Clan-Mitglieds aus Montenegro verursachte nach Angaben der Polizei Hannover allein Personalkosten von rund 900 000 Euro bei fast 2 500 Schichten und mehr als 16 000 Dienststunden.⁶

1. Wie oft kam es in den Jahren 2023, 2024, 2025 und 2026 vor, dass niedersächsische Krankenhäuser bzw. Notaufnahmen in Kliniken wegen Gewaltlagen mit Bezug zu Großfamilien oder dem Milieu der Clankriminalität polizeilich gesichert, abgesperrt oder mit erhöhter Präsenz versehen werden mussten? Wie lange dauerten die Gefahrenlagen dort jeweils, und welche zusätzlichen Kosten für Sicherheitsmaßnahmen entstanden dabei für jeden einzelnen Vorfall?
2. Wie oft kamen bei solchen Gefahrenlagen in Krankenhäusern Ärzte und Pfleger durch Angehörige der jeweiligen Konfliktparteien unmittelbar zu Schaden, und wie schätzt die Landesregierung das Risiko für Ärzte und Pfleger in solchen Situationen nach gewalttätigen Ausschreitungen unter verfeindeten Clans insgesamt ein?
3. Welche konkreten Schutz- und Eskalationskonzepte gelten in Niedersachsen für Notaufnahmen und Kliniken, wenn nach Schuss-, Stich- oder Fahrzeuggewalt zahlreiche Angehörige vor dem Krankenhaus erscheinen - wie zuletzt am 30. August 2026 am Sana-Klinikum Hameln-Pyrmont?
4. Welche personellen, organisatorischen und finanziellen Belastungen entstanden der Polizei konkret durch die Krankenhausbewachung in Hessisch Oldendorf/Hameln sowie durch vergleichbare Einsätze seit 2023, und wer trägt diese Kosten?
5. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass nach der Gewalteskalation in Hessisch Oldendorf ein Bezug zur Clankriminalität zunächst nur „geprüft“ wurde, obwohl die Polizei selbst von zwei Großfamilien und einer anschließenden Ansammlung zahlreicher Angehöriger am Krankenhaus sprach?
6. Welche Lehren hat die Landesregierung aus dem Göttinger Fall vom Juni 2026 gezogen, in dem ein Polizeibeamter lebensgefährlich verletzt wurde und intensivmedizinisch behandelt werden musste, während parallel gegen 49 Beschuldigte aus dem Großfamilienmilieu ermittelt wurde? Sieht die Landesregierung angesichts der Häufung solcher Fälle politischen Handlungsbedarf?
7. Gibt es in Niedersachsen verbindliche landesweite Standards für Kliniken zum Umgang mit bewaffneten, bedrohlichen oder in Fehden verwickelten Patienten sowie mit Angehörigengruppen, oder bleibt dies jeder Einrichtung selbst überlassen?
8. Inwieweit werden Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte in niedersächsischen Notaufnahmen systematisch zu Deeskalation, Bedrohungslagen und der Zusammenarbeit mit der Polizei geschult, und wie viele Kliniken verfügen über einen dauerhaften oder abrufbaren Sicherheitsdienst?
9. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass der reguläre Klinikbetrieb - insbesondere Notfallversorgung Unbeteiligter - bei solchen Polizeilagen nicht eingeschränkt oder gefährdet wird? Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen Notfallpatienten nicht oder nur eingeschränkt behandelt werden konnten, weil etwa das Krankenhausareal nach einer Clan-Auseinandersetzung weiträumig abgesperrt werden musste?
10. Plant die Landesregierung, Vorfälle von Bedrohung, Nötigung oder Körperverletzung zum Nachteil von Krankenhauspersonal im Zusammenhang mit Clan- oder Großfamiliengewalt gesondert statistisch zu erfassen, und wenn nein, warum nicht?
11. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um zu verhindern, dass Krankenhäuser zum sekundären Tatort oder zum Versammlungsort rivalisierender Gruppen werden, sobald Verletzte eingeliefert worden sind?

⁶ <https://www.n-tv.de/panorama/Schutz-von-Clan-Patient-kostet-900-000-Euro-article21598050.html>